

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

4.5.1901 (No. 121)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 4. Mai.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 121.

Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unterm 22. April d. J. gnädigt bewegt gefunden, die Kammerjunkter

- Viktor Freiherr Schilling von Canstatt, Grundherr in Hohenwetterbach,
 - Josef Graf von Wiser, Vorstand des Hof-Forst- und Jagdams Friedrichsthal und
 - Dr. Rudolf Goebel von Garrant, Wirkl. Legationsrath und vortragender Rath im Auswärtigen Amt
- zu Kammerherren,
sowie die Hofjunkter
- Max von Sulat-Wellenburg, Amtmann in Freiburg,
 - Dr. Georg Freiherr von Schauenburg, Forstpraktikant in Bühl und
 - Viktor von Schessel, Oberleutnant der Reserve zu Kammerjunktern zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Miquel's Rücktritt?

Es kann wohl nicht mehr bezweifelt werden, daß Herr v. Miquel den Kaiser um Entlassung aus seinen Aemtern gebeten und daß Seine Majestät dem Ansuchen des Vicepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und Finanzministers entsprochen hat. Die nächsten Stunden schon dürften vielleicht die offizielle Bestätigung von Miquel's Rücktritt bringen. Die innerpolitische Lage in Preußen hatte sich während der letzten Tage scharf zugekehrt und eine klare Lösung der Streitfragen wurde zur unabwendbaren Nothwendigkeit. Daß diese Lösung nicht auch gleichzeitig eine Entscheidung in der Kanalfrage bedeutet, braucht nicht erst betont zu werden; es war aber nachgerade für die preussische Regierung unmöglich geworden, der auf eine Schwächung des Ansehens der Regierung gerichteten Verschleppungspolitik der Kanalgegner mit verschränkten Armen gegenüberzustehen. Tritt Herr v. Miquel zurück, so braucht hieraus nicht auf seine entschiedene Abneigung gegen den Mittellandkanal geschlossen zu werden; er hat bei den Kommissionsverhandlungen jede Zweideutigkeit vermieden. Jedenfalls aber würde sein Rücktritt beweisen, daß er mit dem jetzt beschlossenen Vorgehen der preussischen Staatsregierung nicht einverstanden ist. Und da jetzt doch wohl der Leiter der preussischen Regierung zu entschiedenerem Handeln entschlossen ist, so liegt der Wunsch, das preussische Staatsministerium auch nach außen hin einheitlich erscheinen zu lassen, nahe. Daß mit Miquel eine der hervorragendsten geistigen Kräfte des werdenden und gewordenen Deutschen Reiches aus dem öffentlichen Leben scheidet, müssen auch seine politischen Gegner — und er hatte deren Zeit seines Lebens gerade genug — anerkennen.

Johannes v. Miquel ist am 19. Februar 1828 in Neuenhaus, Provinz Hannover, als Sohn des Hofmeisters Miquel geboren. Er war der jüngste von fünf Brüdern, die sich sämmtlich den gelehrten Studien widmeten. Das Jahr 1848 riß den jugendlichen Studenten in die Stürme der Zeit, bis ihn sein Vater denselben dadurch entzog, daß er den Sohn wieder nach Göttingen zurückschickte. Nach Vollendung der juristischen Vorbereitungszeit ging Miquel nach Paris, um daselbst im Auftrage des damaligen hannoverschen Justizministers das französische Gerichts- und Gefängniswesen kennen zu lernen. Aus Frankreich zurückgekehrt ließ sich Miquel in der Absicht, die akademische Laufbahn zu ergreifen, in Göttingen als Advokat nieder. Der Verwirklichung dieser Absicht stellten sich die gerade damals ausbrechenden hannoverschen Verfassungskämpfe entgegen, an welchen Miquel, noch nicht alt genug, um in die Kammer einzutreten, namentlich mit zwei Broschüren, die alsbald der größten Verbreitung theilhaft wurden, über die Ausschreibung des hannoverschen Dominiums sich lebhaft betheiligte. In den 50er Jahren widmete sich Miquel vorwiegend historischen und nationalökonomischen Studien, namentlich über das Grundeigentum, welche wesentlich dazu beitrugen, ihn von seinen 1848 aufgenommenen damals unter der studierenden Jugend verbreiteten sozialistischen Ideen zurückzubringen. Mit seinem Freunde Plank, welcher wegen eins von ihm über die Rechtsgiltigkeit der

octroyirten hannoverschen Verfassung abgegebenen Urtheils seines Dienstes entlassen wurde und in Göttingen lebte, stand Miquel in den 50er Jahren in regem Verkehr. Das Aufsehen, welches seine beiden oben erwähnten Broschüren in Hannover gemacht hatten, war so nachhaltig, daß Miquel bei den nächsten Neuwahlen von drei Wahlkreisen zugleich in die Kammer gewählt wurde. Dort schloß er sich an seinen Freund Rudolf v. Bennigsen an. 1859 gehörte Miquel zu den Unterzeichnern des Aufrufs zwecks Bildung einer neuen deutschen Partei zur Lösung der nationalen Frage unter Preußens Führung. Er gerieth dadurch mit seinen gleichgesinnten Freunden in starken Gegensatz zu der hannoverschen Regierung. Seine hervorragende Thätigkeit als Mitglied des Ausschusses des Nationalvereins darf als bekannt angenommen werden. In der Krisis des Jahres 1866 bemühte sich Miquel als einer der Führer der Opposition innerhalb wie außerhalb der hannoverschen Kammer vergebens um den Anschluß Hannovers an Preußen. Nach gesellener Entscheidung trat er in das preussische Abgeordnetenhaus ein und nahm Theil an den Verhandlungen der einberufenen hannoverschen Vertrauensmänner, um den Uebergang Hannovers in das Verhältniß einer preussischen Provinz zu erleichtern. Im Norddeutschen Bunde und später im Deutschen Reiche war Miquel der erfolgreiche Anwalt der Sache des verfassungsmäßigen Ausbaues der nationalen Institutionen. Er gehört zu den hervorragendsten Mitarbeitern an der Neugestaltung des Reiches. Unvergessen ist die große Rede Miquel's über die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die er im scharfen Gegensatz zu der preussischen Fortschrittspartei wärmstens empfahl und wobei er in einer zum gefügigsten Worte gewordenen Wendung von der Mainlinie als einer Kohlen- und Wasserstation der nationalen Lokomotive sprach. Einen Begriff von der umfassenden parlamentarischen Thätigkeit Miquel's gibt der Umstand, daß er sowohl im Reichstage als im preussischen Landtage in fast allen irgendwie wichtigen Kommissionen saß und oft, sei es als Vorsitzender oder als Referent fungirte. Den Glanzpunkt dieser Seite seiner parlamentarischen Thätigkeit bildet die Leitung der Kommission für die Reichsjustizgesetze. Als die Verstaatlichung der preussischen Eisenbahnen in den Weg geleitet wurde, trat Miquel zu Gunsten dieser Maßregel in einer so glänzenden Rede ein, daß Minister Maybach auf das Wort verzichtete mit dem Bemerkten, seine eigene Auffassung sei durch den Vorredner genügend begründet worden. Vom Jahre 1873 datirt der Eintritt Miquel's in die Disconto-Gesellschaft. Es geschah dies, als er sein Wirken in den beiden Parlamenten nicht länger mehr mit seiner seit 1863 innegehabten Stellung als Oberbürgermeister von Osnabrück vereinigen zu können glaubte. Seines Bleibens in der Disconto-Gesellschaft war zwar nicht lange, aber doch lange genug, um seine Kenntniß und Beurtheilung der finanzwirtschaftlichen Entwicklungs- und Lebensformen nach vielen Richtungen zu erweitern und zu vertiefen. Er wurde zum zweitenmale zum Oberbürgermeister von Osnabrück gewählt, von wo er dann 1880 in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. M. überfiedelte. Neben dieser kommunalen Wirkthätigkeit ging eine nicht minder bedeutsame politische Thätigkeit einher. Es darf in dieser Hinsicht an die Urheberschaft des Heidelberger Programms, durch welches die nationalliberale Partei von Miquel aus der doktrinären Auffassung der politischen Zeitfragen hinausgebracht und auf neuer, gesunder realer Grundlage rekonstruirt wurde, ferner an die Mitwirkung bei der Gesetzgebung zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken und an die gesetzgeberische Thätigkeit im Kartellreichstage erinnert werden. Eine neue Schaffenszeit begann für Miquel 1890, nachdem er zur Leitung des preussischen Finanzministeriums und jodann zur Vicepräsidentenschaft des preussischen Staatsministeriums berufen worden war. Miquel's Name ist untrennbar mit der von ihm durchgeführten Reform der direkten Steuern in Staat und Gemeinde verknüpft, wodurch das verfallende preussische Steuersystem auf Grundlage der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit von Grund aus umgestaltet worden ist.

Die parlamentarische Lage in Preußen hat jetzt der Regierung eine entscheidende Stellungnahme aufgezwungen. Ueber die preussischen Grenzen hinaus hat man im Reiche in allen gemäßigten denkenden Kreisen das Vorgehen der preussischen konservativen Führung mißbilligt und ihre Versuche auf dem Wege über die Kanalvorlage einen Druck auf die nichtpreussischen Regierungen in der Zoll-

tarifffrage auszuüben, mit sehr gemischten Gefühlen verfolgt. Wir wissen nicht, inwiefern Graf Limburg-Sturum und Frhr. v. Zedlitz sich hierbei der Unterstützung durch einzelne Minister sicher glaubten. Man wird es aufrichtig bedauern, daß Miquel in einem Augenblicke scheidet, da sich in Preußen offenbar eine Krisis entwickelt. Seine großen Verdienste um Kaiser und Reich bleiben bestehen. Miquel hat stets dem Grundsatz gehuldigt, daß es die Aufgabe des Staates ist, die schwächeren Glieder desselben zu schützen; er hat die sogenannte manchesterliche Auffassung vom Staat abgelehnt und eine verständige Sozialpolitik befürwortet, wie er auch als Abgeordneter und Minister allezeit ein Vertreter gemäßigter Grundsätze gewesen ist.

(Telegramme.)

* Berlin, 3. Mai. Wie das Wolff'sche Bureau meldet verlautet zuverlässig, Finanzminister v. Miquel habe sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der „Volkswagen“ erfährt, das Abschiedsgesuch sei bereits genehmigt.

* Berlin, 3. Mai. Der „Nationalztg.“ zufolge steht auch der Rücktritt des Ministers v. Hammerstein fest, dagegen sei die Meldung vom Rücktritt des Justizministers völlig unbegründet.

* Berlin, 2. Mai. Der Ministerpräsident Graf v. Bülow hatte gestern Abend einen Immediatvortrag bei Seiner Majestät dem Kaiser.

* Berlin, 3. Mai. Die für heute Vormittag anberaumte Sitzung der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses ist aufgehoben worden.

* Berlin, 3. Mai. Im Abgeordnetenhaus theilte der Präsident mit, es sei auf Abends 6 Uhr eine gemeinsame Sitzung der beiden Häuser des Landtages anberaumt. Der Herr Ministerpräsident habe ihm mitgetheilt, daß in dieser gemeinsamen Sitzung der Landtag der Monarchie geschlossen werde. Unter diesen Umständen sehe er voraus, daß das Haus nicht geneigt sei, noch in die Tagesordnung einzutreten. (Zurufe: Nein.) Nachdem der Abg. Frißen dem Präsidenten für seine Geschäftsführung gedankt und dieser dankend erwidert hatte, wurde die Sitzung mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser geschlossen.

* Berlin, 3. Mai. Die Abendblätter verzeichnen eine Meldung, der zufolge in Parlamentskreisen angenommen wird, daß nach der vom Grafen v. Bülow alsbald herbeizuführenden Neubildung des Kabinetts die Auflösung des Abgeordnetenhauses erfolgt. Die Neuwahlen werden so angelegt, daß die neue Session Ende Oktober oder Anfang November beginnt. Die Kanalvorlage werde alsbald wieder unterbreitet werden. (Weiteres Telegramm siehe dritte Seite.)

Wiederaufnahme der Steuerreform.

Stuttgart, 3. Mai.

Die Regierung hat nunmehr bei den Ständen die neuen Steuerentwürfe, zunächst für die Reform der direkten Staatssteuern, eingebracht. Der Grundplan der Reform ist die gleiche geliebte, wie bei den früheren, nicht zur Verabschiedung gelangten Entwürfen: Einführung der Einkommensteuer als künftiger Hauptsteuer, Beibehaltung der Ertragssteuern (Kapital-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) als Ergänzungssteuern für das fundirte Einkommen, jedoch mit ermäßigten Steuersätzen. Während über die Einführung der Einkommensteuer (von ihrer Gestaltung im einzelnen zunächst abgesehen) bei allen gesetzgebenden Faktoren Uebereinstimmung besteht, ist die Beibehaltung der Ertragssteuern bei den letzten Landtagswahlen von verschiedenen Parteien bekämpft und deren Erhebung durch eine Vermögenssteuer gefordert worden. Die Regierung ist dagegen, wie in der den neuen Entwürfen beigegebenen Denkschrift eingehend dargelegt wird, nach wie vor der Ueberzeugung, daß sich für Württemberg der Uebergang zur Vermögenssteuer jedenfalls in so lange nicht empfiehlt, als nicht über die Wirkungen und den Ertrag der Einkommensteuer sichere Erfahrungen vorliegen. Zudem spricht gegen die gleichzeitige Einführung zweier so tief eingreifender Steuerarten, wie es die Einkommens- und die Vermögenssteuer sind, die Rücksicht auf die Steuerpflichtigen und die sonst kaum zu umgehende Vermehrung des Beamtenpersonals.

Was die Einkommenssteuer betrifft, so entspricht der neue Entwurf im wesentlichen den gemeinsamen Be-

schließen des früheren Landtags. Neue Bestimmungen waren hauptsächlich aufzunehmen bezüglich der beiden Streitfragen, über welche bei der früheren Beratung keine Einigung der beiden Kammern zu Stande gekommen ist. Die eine ist das Mitwirkungsrecht der Ersten Kammer bei Festsetzung des Steuerjahres und hier hält sich der neue Entwurf an den Beschluß der Abgeordnetenkammer vom Dezember 1899, worin die Wiedervorlegung der Steuerreformwürfe gefordert und der Ersten Kammer das Entgegenkommen bewiesen wurde, daß die Festsetzung eines den vollen Einheitsfuß übersteigenden Steuerjahres der ordentlichen Gesetzgebung vorbehalten bleibt, bei der die Erste Kammer (im Unterschied vom Finanzgesetz) mit der Zweiten Kammer gleichberechtigt ist. Die zweite Streitfrage war der Tarif beziehungsweise die Höhe und Schärfe der Progression, und hier schlägt der neue Entwurf nunmehr vor, daß mit dem Steuerjahr von 4 Proz. nicht, wie nach dem früheren Entwurf, schon bei 15 000 M. Einkommen, sondern erst bei 30 000 M. eingesezt und die Progression bis zu den Einkommen von 100 000 M. und bis zu dem Steuerjahr von 4 1/2 Proz. fortgeführt werden soll. Auch diese Vorschläge bedeuten eine Annäherung an den Standpunkt der Ersten Kammer.

Bezüglich der Ertragssteuern schließen sich die neuen Entwürfe gleichfalls den früheren ständischen Beschlüssen an, wodurch bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer ein prozentualer Abstrich an dem seitherigen Kataster vorgenommen wurde. Während aber damals bei der Grundsteuer für alle Kulturarten ein gleichmäßiger Abstrich von 20 Proz. festgesetzt wurde, gelangt die Regierung auf Grund einer inzwischen vorgenommenen Probe-revision der Musterschätzungen zu dem Vorschlag, den Abstrich zu beschränken auf Acker, Gärten und Wälder, Hopfengärten einerseits, Weinberge andererseits und ihn abzustufen bei jenen auf 20 Proz., bei den Weinbergen, wo die Erträge am meisten zurückgegangen sind, auf 40 Proz. Wiesen, Baumgüter, Waldungen u. s. w. erfahren keine Ermäßigung. — Auch beim Gewerbesteuerkataster wird eine weitere Abstufung des Abstrichs in Vorschlag gebracht, um den Großbetrieben nicht dieselbe Vergünstigung zu theil werden zu lassen wie den mittleren Betrieben, während letztere natürlich auch ihrerseits weniger begünstigt sind als die Kleinbetriebe.

Berechnet ist, daß bei Zugrundelegung des Steuerbedarfs für 1900, die Einkommenssteuer drei Fünftel, die Ertragssteuer zwei Fünftel aufbringen würden. Dabei würde die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer eine Ermäßigung um 1,7 Proz., die Kapitalsteuer eine solche von 2,6 Proz. erfahren. Dagegen soll das Kapitaleinkommen künftig zur Kommunalbesteuerung stärker herangezogen werden. Der (noch nicht vorliegende) Kommunalsteuerentwurf wird auch Bestimmungen wegen einer höheren Besteuerung der Waarenhäuser und ähnlicher Geschäfte, sowie der Baupläze enthalten.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 2. Mai.

Abg. Richter (freis. Volksp.) führt aus: Der Musikring ist die eigentliche treibende Kraft zur Erhöhung der Schutzfrist. Ich habe die Sache aufmerksam studiert und gefunden, daß hier eine vollständig falsche Darstellung sowohl seitens des Staatssekretärs als des Abg. Giese gegeben wurde. Der Verein deutscher Musikantenhändler und der Allgemeine deutsche Musikverein trafen sich 1898 zu einer Centralanfrage der Musik zusammen. Nun sagt der Staatssekretär, Herr v. Haase wollte das Fest in der Hand behalten, daran sei die Sache gescheitert. Dies ist von Anfang an unrichtig. Der Vorstand sollte aus vier Verlegern und vier Komponisten bestehen. Darauf wurde eine besondere Genossenschaft der Komponisten begründet; schließlich kam ein Vergleich zu Stande, im Vorstand sollten zwei Komponisten und drei Verleger gewählt werden. Der Staatssekretär hat hier etwas vollständig Falsches behauptet. Die Komponisten war in von Haase's Genossenschaft besser gestellt, wie in einer besonderen Organisation. Ich erwarte erst den Nachweis, daß überhaupt an den Verhältnissen etwas erheblich geändert wird, wenn wir die Schutzfrist verlängern. Nicht umsonst hat man diesen Paragraphen den Kosima-Paragraphen genannt, denn die einzige Komponistenfamilie, die Vorteil von ihm hat, ist die Wagner-Familie, und doch läuft die Schutzfrist für diese bis 1913. Als konserverativer Mann kann ich Ihnen nur empfehlen, die Schutzfrist auf 30 Jahre zu bemessen. (Heiterkeit)

Staatssekretär Lieberding führt aus: Der Abg. Richter hat heute die ganze Frage verstanden. Er will den Komponisten nicht zugestehen, was alle Andere dürfen, sich zu ihrem Schutze zu organisieren. Er meinte, eine Kampfgenossenschaft sollte errichtet werden. Er konstruierte einen Gegensatz zwischen dem Verleger und dem Autor. Zwischen diesen ist eine vollkommene Einigung und Verständigung erzielt. Der Staatssekretär geht im weiteren auf die tatsächlichen Verhältnisse zwischen Verleger und Autor ein und bemerkt, was die Frage selbst anlangt, so handelt es sich darum, ob der Verdienst den Hinterbliebenen oder den Verlegern zufalle. Das ist die Grundfrage und die Entscheidung eigentlich nicht zweifelhaft. Die Einwände Richter's führen dazu, das Recht am geistigen Eigentum überhaupt abzuschaffen. Auch enthalten sie nichts Neues. Sie sind 100 Jahre alt und aus der Rumpfkammer hervorgeholt.

Abg. Diez (Soz.) bemerkt: Die Verlängerung der Schutzfrist auf 50 Jahre ist eine ausländische Pflanze und besteht in romanischen Ländern. In Deutschland sprachen sich große Vereine gegen die Verlängerung auf 50 Jahre aus. Wir werden geschlossen gegen die Verlängerung der Schutzfrist stimmen und wenn sie angenommen wird, gegen das Gesetz überhaupt.

Abg. Träger (freis. Ver.) erklärt: Bei der Verlängerung der Schutzfrist auf 50 Jahre handelt es sich um ein Kompromiß zwischen den Anschauungen über geistiges Eigentum. Man nannte uns Musikantengarde, wir sind es aber nicht, aber Richter und seine Freunde sind diesmal Musikantengarde. Ich bin dafür, das Urheberrecht wie das Eigentumsrecht zu behandeln und kein Heimfallrecht zu errichten. (Infolge der durch das Wolff'sche Bureau verbreiteten Nachricht über die Einberufung beider Häuser des Landtags herrscht im Hause große Erregung und Unruhe, überall sieht man Gruppen von Abgeordneten in lebhafter Unterhaltung.)

Abg. Spahn (Centr.) stellt gegenüber den Ausführungen des Staatssekretärs fest, daß viele namhafte Komponisten, auch Ausländer trotz der Schutzfrist von 30 Jahren in Leipzig verlegten.

Staatssekretär Lieberding erklärt: Ihm sei absolut nichts bekannt, daß Frau Wagner oder ein anderes Mitglied der Familie Wagner bei dem Reichskanzler gewesen sei.

Abg. Schreyer (Soz.) bemerkt: Seine Partei werde einstimmig für die Schutzfrist von 50 Jahren stimmen.

Nach einer persönlichen Bemerkung Richter's erfolgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Giese.

Abgestimmt haben 231 Abgeordnete. Für den Antrag sind 107, gegen denselben 123 bei einer Stimmenthaltung.

Der Antrag ist mit 107 Stimmen abgelehnt.

Alsdann werden mehrere Paragraphen ohne weitere Debatte erledigt.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Strombeck und des Geheimraths Dungs begründet Abg. Fischer den Antrag Albrecht auf Einfügung eines § 39a betreffend Aufhebung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse.

Abg. Müller-Sagan begründet den Antrag auf Einfügung eines § 39a wonach die Paragraphen die unter dies Gesetz fallen, nicht nach dem stehenden Gerichtsstand abzuurteilen sind.

Abg. Spahn (Centr.) bittet, beide Anträge abzulehnen.

Staatssekretär Lieberding schließt sich dem an. Die Regierungen traten zur Lösung dieser Frage in Verbindung. Der bisherige Verlauf berechtigt zu der Hoffnung, daß wir in nicht langer Zeit mit dem Vorschlag an den Reichstag herantreten, der die erwähnten Uebelstände zu beseitigen bezweckt. Für die Regierungen ist das Gesetz mit dem § 39a unannehmbar.

Nach Bemerkungen der Abgg. Feine und v. Kardorff werden beide Anträge abgelehnt.

Darauf wird das Gesetz ohne Erörterung angenommen.

Aus Frankreich.

Delcassé's Reise. — Méline's Rede.

© Paris, 3. Mai.

Herr Delcassé ist von seiner St. Petersburg Reise glücklich wieder hierher zurückgekehrt und soll, wie verlautet, mit dem Verlauf und den Ergebnissen derselben sehr zufrieden sein. In der That scheint der französische Minister des Auswärtigen beim Caren wie in den russischen offiziellen Kreisen und in der vornehmen Petersburger Gesellschaft eine überaus freundliche und zuvorkommende Aufnahme gefunden zu haben. Ueber die Gründe dieser Reise nun, sowie über ihre Erfolge, werden natürlich die mannigfachen Mittheilungen verbreitet und um einen volkstümlichen Ausdruck zu gebrauchen: „chacun dit la sienne“. Allein wenn in Petersburg wirklich wichtige politische Entschlüsse gefaßt und Abmachungen ersterer Art getroffen sein sollten, so werden die Staatsmänner Frankreichs und Russlands selbstverständlich darüber so lange Stillschweigen zu bewahren wissen, bis sie selbst es für gut erachten, der Öffentlichkeit davon etwas kundzutun. Es erscheint daher nicht angezeigt, auf alle diese Gerüchte und Vermuthungen, welche an Herrn Delcassé's Reise anknüpfen, weiter einzugehen. Immerhin jedoch glaubt man in Kreisen, die gewöhnlich politisch gut unterrichtet sind, nicht daran, daß der Abschluß einer russischen Anleihe der besondere Gegenstand der Verhandlungen in Petersburg gewesen sei. Diese und anderweitige mehr persönliche Fragen, wie die Abberufung des russischen Militärbevollmächtigten Grafen Murawiew, waren schon vor dem Entschieden. In den oben bezeichneten Kreisen hält man vielmehr daran fest, daß die Lage in China und die ostasiatischen Angelegenheiten den hauptsächlichsten Punkt der Besprechungen zwischen Herrn Delcassé und Graf Lambsdorff gebildet haben. Nach russischer Ansicht habe Frankreich während der chinesischen Wirren seine Solidarität mit Russland nicht energisch genug betätigt. Um daher in dieser Beziehung eine vollständige Uebereinstimmung der Auffassungen herbeizuführen und um eine feste Basis für ein eventuelles gemeinsames Vorgehen vorzubereiten, habe Herr Delcassé seine Reise nach Petersburg unternommen. Ob und wie weit hierbei gewisse Tendenzen gegen Deutschland mitgewirkt haben, darüber wird man in Berlin am Besten unterrichtet sein und man wird dort auch am Besten wissen, wie dem gegenüber gegebenenfalls zu handeln ist.

In Remiremont hielt der frühere Ministerpräsident Méline vor seinen getreuen vogesischen Wählern eine große politische Programmrede und „sprach damit zu, leich zum ganzen Lande“, wie er sagte, um die Wahlkampagne zu den allgemeinen Neuwahlen des nächsten Jahres einzuleiten. Das Bild, welches Herr Méline dabei von den innerpolitischen Zuständen Frankreichs entwarf, war ein sehr düsteres und seine Angriffe auf das Ministerium Waldeck-Rousseau, welches er für alles das verantwortlich macht, waren äußerst scharf. Die Kapitalien wanderten aus, die Bauern stürzen vor Hunger, die Arbeiter streikten oder schlugen sich die Köpfe ein, die Armee werde desorganisiert, die Revolution sei überall, kurzum Frankreich treibe dem Untergang entgegen, da es sich immer tiefer in die „Jakobiner“-Republik hineinstürze. Dank dem Einfluß der Sozialisten, welche Waldeck-Rousseau in dem Handelsminister Millerand in seine Regierungsmehrheit mit aufgenommen habe und dem n. Werkzeug er schließlich geworden wäre! Demgegenüber empfiehlt und preist Herr Méline dann seine Republik der Liberalen und Gemäßigten, welche auch allen Kallikriten tolerant die Thore öffne. Er beruft sich hierbei sogar auf Lamartine, dessen auf gleichem Grundsatze aufgebaute „einzig dauerhafte“ Republik freilich nur vier Jahre dauerte, bis ihr 1852 ein bekannter „allierter“ ein Ende machte! Wenn nun Herr Méline dem heutigen Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau einen so bitteren Vorwurf daraus macht, daß er sich, als er vor halb zwei Jahren sein Ministerium bildete in einer der schwierigsten Lagen Frankreichs (die nicht zum wenigsten durch Méline's berühmtes Wort: „es gibt keine Affaire Dreyfus“ herausbeschworen war), an die Sozialisten

wandte, um eine republikanische Majorität zu finden, so vergißt Herr Méline, daß damals seine politischen Freunde, die Gemäßigten und Liberalen, wohl auf Méline's eigenen Rath und Einfluß hin, Herrn Waldeck-Rousseau die Gefolgschaft entschieden verweigerten. Im übrigen jedoch haben die Sozialisten und ihr ministerieller Führer Millerand bisher nicht zu sehr ihre Prinzipien in den Vordergrund gerückt. Wohl aber ist es vornehmlich ihnen zu verdanken, wenn die Republikaner sich wieder auf sich selbst besonnen haben und jetzt entschlossen Front machen gegen ihre unversöhnlichen Gegner, deren letztes Ziel ja doch nur die Erdrosselung der Republik ist. Herr Méline wiederum hat sich sehr gebüht, mit jenen Nationalisten irgendwie zu brechen und diese seltsamen professionellen Patrioten von seinen Hochsätzen abzukitteln. Andererseits jedoch, wenn die Jakobiner-Republik hier je wieder zur Wirklichkeit werden sollte, und wenn die Sozialisten ernstlich Mienen machen würden, ihre kommunistischen Theorien über das Eigentum in Thatfachen umzusetzen, — wozu aber gegenwärtig noch nicht begründete Befürchtung vorliegt — dann würde Frankreich zu seinem Schutze sich sicherlich nicht an schwachherzige Männer à la Méline und deren rosenfarbige Republik wenden, sondern kurz und einfach den rettenden Säbel herbeirufen, um wieder Ordnung zu schaffen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 3. Mai.

Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog leidet seit einer Woche an akutem Rheumatismus. Die Krankheit hat bisher einen milden Verlauf genommen, sowohl in subjektiver wie in objektiver Beziehung. Die Gelenkschmerzen sind von wechselnder, doch im ganzen geringer Intensität, nirgends dauernder Lokalfest, sondern flüchtig von einem Punkt auf den anderen übergehend. Allgemeingefühl, Appetit, Schlaf, sind verhältnismäßig sehr befriedigend. Die Temperatur schwankt zwischen normalen oder subfebrilen Höhen und vorübergehenden abendlichen mäßigen Steigerungen. Der Puls ist gut und den Temperaturen entsprechend. Irigend welche Komplikationen bestehen nicht.

Heute Vormittag von 11 Uhr an nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Ministers Dr. Buchenberger entgegen. Zur Frühstückstafel erschienen Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm, Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin zur Lippe und Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Karl und Gemahlin Frau Gräfin Rhena.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Präsidenten Dr. Nicolai, des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Vabo und des Legationsraths Dr. Seyb.

** Bei Ausfahrt des Güterzugs 760 entgleiste am 2. d. M. in Friedrichsfeld ein mit Steinen beladener Wagen infolge Achsenbruchs. Hierdurch wurden die beiden Hauptgleise Friedrichsfeld-Rammsheim von etwa halb 5 Uhr Nachmittags bis gegen 10 Uhr Abends gesperrt. Der Verkehr zwischen beiden Stationen wurde durch Leitung der Züge über das nördliche Nebengleis der Station Friedrichsfeld aufrecht erhalten. Der Materialschaden ist gering.

* (Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großherzoglichen Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt: Am Dienstag, den 7. Mai wird „Tristan und Isolde“ gegeben werden. Weiterhin bringt die Oper am Samstag, den 11. Mai „Der Postillon von Constance“ und am Sonntag, den 12. Mai „Andine“. Im Schauspiel gelangt am Donnerstag, den 9. Mai „Johannissener“, am Freitag, den 10. Mai „Die Journalisten“ zur Aufführung.

5 (Aus der Sitzung der Strafkammer I vom 2. Mai.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Herr. von N. d. t. Vertreter der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft: Referendar Mehl. — In zwei Fällen, bei denen es sich um Anklagen wegen Betrugs gegen die Gewerbeordnung handelte, die sich gegen den Kaufmann Ernst Heinrich Deubler hier und gegen den Kaufmann Eugen Weisenburger hier richteten, erkannte das Gericht auf Freisprechung. — Angeklagt wegen Diebstahls, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs waren sechs Personen, junge lüderliche arbeitsscheue Burken, die seit Monaten einem Faulenzergen nachhängen und sich die Mittel zu ihrem Unterhalte zum Theil durch hier verübte Diebstähle erworben haben. Die Angeklagten waren der Tagelöhner Berthold Fütterer, der Kaufmannslehrling Rudolf Max Hildebrandt, der Schlosser Martin Friedrich Falter, der Tagelöhner Heinrich Schäfer, der Tagelöhner Jakob Färber und der Zimmermann Emil Wilhelm Lindert, alle hier wohnhaft. Von diesen Angeklagten hatten sich außerdem Schäfer wegen Hehlerei und Fütterer wegen Betrugs zu verantworten. Der Gerichtshof hielt sämtliche Angeklagten im Sinne der erhobenen Anklage schuldig und verurtheilte Fütterer zu einem Jahr, Hildebrandt zu sieben Monaten, Falter zu vier Monaten, Schäfer zu zehn Wochen, Färber zu vierzehn Tagen und Lindert zu drei Wochen Gefängnis. An den Strafen des Fütterer, Hildebrandt und Falter kommen je ein Monat an der des Schäfer vier Wochen Untersuchungshaft in Abzug.

6 Vom Bodensee, 2. Mai. Zwei Erscheinungen: das seltenere Vorkommen der Lungentuberkulose und das gänzliche Verschwinden des Typhus in mehreren Amtsbezirken der Seegegend dürften vom Standpunkt der öffentlichen wie der privaten Gesundheitspflege als ein erfreulicher Fortschritt verzeichnet werden. Mit Recht hat ein hervorragender Kliniker, Professor G. v. Leiden in Berlin längst ausdrücklich betont, daß die Verhütung von Krankheiten — Prophylaxis — zu den ebelsten und wichtigsten Aufgaben der Heilkunde gehört, und daß gerade die hygienische Thätigkeit des Arztes seiner Stellung als Gelehrter und Forscher vollkommen entspricht. — Der Bezirksfischereiverein Lindau betreibt vor allem die intensive Zucht der Felsenarten für den See und der Bachforellen für den Bezirk Lindau-Land. So wurden dem See von ihm bis jetzt schon 5 1/2 Millionen Felsenselchen und eine Million Sandfischchen, den Bächen des Landbezirks 175 000 Forellensehlinge zugeführt. Daß dem Bodensee

In der Regenbogenföhre ein wichtiger Fisch zugeführt wird, setzte der Verein Jägerlinge dieser Fischsorte aus. Ebenso betrieb er die Auslegung von Karpen. In Anerkennung seiner Verdienste besonders um das Studium der Fischzucht wurde Herr Rektor Dr. Kellermann zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt.

Literatur.

Das Mai-Fest von Velhagen & Klasing's Monatsheften bringt an erster Stelle eine eingehende Würdigung von Professor Gustav Schönleber in Karlsruhe aus der Feder von Hans Rosenhagen. Der reich illustrierte Artikel schließt mit den Worten: „Der Name Schönleber wird einst über eines der wichtigsten Kapitel der deutschen Kunstgeschichte zu setzen sein.“ Zwei andere illustrierte Aufsätze tragen dem Frühling Rechnung. Die Illustrationen zum Artikel: „Der Reichtum der Vögel“ sind nach Photographien angefertigt, die der Engländer R. B. Lodge in der freien Natur von den wiedergeborenen Vögeln und ihren Nestern aufnahm; die Abbildungen, die dem Artikel von Kurt Charles de Beaulieu: „Tennisturniere“ beigegeben sind, zeigen die hervorragenden Vertreter dieses schönen Spiels auf den Grünen Rasenplätzen. Unter dem Titel „Frühlingslänge“ sind eine Anzahl Gedichte zusammengefasst von Ernst Müllersbach, Frida Schanz, Richard Boozmann, Georg Bülte Palma, Carl Busse, Ott Julius Bierbaum, Gustav Falke, Anna Ritter und vielen anderen. Sie erscheinen hier in reizender buntfarbiger Umrahmung Ein Roman von A. v. Klunowstrom: „Die vier Glocken des Herrn v. Berna“, der in diesem Fest beginnt, spielt in den Münchener Künstlerkreisen und scheint einen sehr interessanten Vorwurf zu behandeln. Zum erstenmal werden in diesem Fest die Erscheinungen der Kunstliteratur besprochen. Das Fest enthält auch Portrait und Nekrolog des unlängst verstorbenen Geh. Rath Professor Dr. Erdmanns-Dorfer-Heidelberg.

Aus dem britischen Parlament.

(Telegramme.)

London, 2. Mai. Unterhaus. Cranborne erklärt, der Regierung seien von verschiedenen Seiten Gerüchte zugegangen, die deutsche Regierung beabsichtige, die Bille auf Stahl und verschiedene andere Waren zu erhöhen. Die Regierung erntete vollständig die Wichtigkeit der Sache, da sie aber keine bestimmte Information über die Absicht der deutschen Regierung habe, könne sie gegenwärtig keine Erklärung darüber abgeben. Hicks-Beach erklärt, von 30 Millionen Konzessen, die wie der Prospekt besagt, placirt waren, seien 11 Millionen dem Hause Rothschild, 10 Millionen J. S. Morgan u. Co., 9 Millionen der Bank von England zugestimmt. Von Unterzeichnungen wisse er nichts, außer daß die Bank von England eine halbe Million ihres Anteils an den Ministern für Indien und 2 Millionen an die Kommissare für die Reduktion der Staatschuld weitergegeben habe. Auf eine Anfrage Mac Neils, weshalb anlässlich des Thronwechsels keine Spezialmission an den Papst gesandt worden sei, erklärte Balfour, seit kein diplomatischer Vertreter Englands beim Vatikan akkreditirt sei, war es nicht Brauch, sich offiziell mit dem Papst in Verbindung zu setzen über Ereignisse, welche die königliche Familie betreffen. Dem Papst wurde neben der offiziellen Notifizierung der Thronbesteigung des Königs für seine Eheliche Dank ausgesprochen. Im Fortgang der Sitzung gelangte in dem sehr stark besetzten Hause ein Bericht über den Kohlenausfuhrzoll zur Beratung. Im Laufe derselben bekämpfte Harcourt energisch den Zoll, der dem Auslande einen nicht zu billigen Vorzug gewähren würde. Hicks-Beach stellte in Abrede, daß der Zoll den Exporthandel vernichte oder die heimischen Erzeuger treffe. Das Ausland werde einen bedeutenden Theil des Zolles tragen. England könne noch thatsächlich den Markt im Auslande beherrschen: Es werde viel von den westfälischen Kohlenfeldern gerodet, aber die Erzeugnisse Westfalens seien nicht zu vergleichen mit den Erzeugnissen der englischen Kohlenfelder. England sandte im letzten Jahre sechs Millionen Tonnen nach Deutschland: das beweise, daß Deutschland die englischen Kohlen für Zwecke gebrauche, für die es die feinsten als nicht geeignet ansehe. Er beabsichtige, bei der Kohle, über die schon Kontrakte abgeschlossen waren, liberal zu verfahren, wodurch allerdings in diesem Jahre die Einkünfte des Schatzamtes vermindert würden. Er schlage aber vor, den Zoll nicht für ein Jahr festzusetzen. (Beifall bei den Ministriellen.) Das Haus vertagte die Fortsetzung der Debatte über den Kohlenausfuhrzoll auf Montag.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

London, 2. Mai. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der Prüfungskommission für Entschädigungen und Ansprüche der aus Südafrika ausgewiesenen Personen verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Vertreters der Österreichisch-ungarischen Regierung Stockinger, in welchem derselbe erklärte, es sei zwecklos, daß er ferner den Sitzungen beimöhte, er ersuchte den Österreichisch-ungarischen Botschafter, nachdem seitens des Vorsitzenden in der ersten Sitzung der Kommission die ungerechtfertigtesten Ansinnen gegen die fremden Delegirten gerichtet seien, und nachdem der Vorsitzende rundweg ablehnte, vollkommen zur Sache gebräute, notwendige Fragen von seiner, Stockinger's Seite, zu beantworten, müsse er seiner Regierung überlassen, zu entscheiden, ob die Zutreffen durch Vertretung in der Kommission irgendwie gefördert werden könnten. Der deutsche und holländische Vertreter erklärten, sie schlossen sich dem Schreiben Stockinger's nicht an und sprachen ihr Vertrauen zur Kommission aus. Der Vorsitzende erklärte hierauf, die Kommission wolle ihre Arbeit in verständlichem Sinne zu verrichten, der Zwischenfall sei erledigt. Kapstadt, 3. Mai. Wie amtlich gemeldet wird, sind in der Vorwoche 63 Pestfälle, davon 32 tödtlich, vorgekommen. Die Krankheit, die in Masching beobachtet wird, zeigt alle Symptome der Pest.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

Peking, 30. April. Neutermeldung. Außer den auf die Garnisonen Tientsin und Schanghai bezüglichen Maßnahmen schlagen die Generale der einzelnen Nationen vor, daß zur Belegung des Distriktes von Tientsin mit Garnisonen Deutschland, England, Frankreich und Japan je 1400, Italien 400 Mann stellen sollen. Weiter empfehlen die Generale, daß, so lange noch irgendwelche fremde Truppen in Peking

zurückbleiben, auch stets Kriegsschiffe auf dem Peiho liegen müssen. Die Anwesenheit einer internationalen Flotte in Taku und die feste Verbindung derselben ist erforderlich; sie empfehlen ferner, die Civilverwaltung den Militärbehörden zu unterstellen. Nach der Herabsetzung der Garnison Tientsin auf 2000 Mann würde es möglich sein, die Wiederherstellung einer ausschließlich chinesischen Verwaltung in Erwägung zu ziehen. Die Schaffung eines Oberkommandos über die internationalen Truppen wäre erwünscht. Diesem Oberkommando sollen auch die Gesandtschaftswachen unterstellt werden. Was die Frage der Räumung des Landes betrifft, so waren die Vorschläge der deutschen, britischen und japanischen Truppen der Ansicht, daß die Räumung nicht eher beginnen dürfe, als bis China die Zahlung der gesammten Entschädigungsforderung zugesichert habe. Die Franzosen waren dafür, binnen 14 Tagen 9000 Mann und den Rest binnen weiteren sechs Wochen zurückzuziehen. Sie wollten mit Rücksicht auf das Klima nur Kolonialtruppen als Garnisonen zurücklassen. Die Italiener und Desterreicher hatten noch keine Anweisungen seitens ihrer Regierungen. Die Amerikaner enthielten sich der Meinungsäußerungen, die Russen waren bei den Konferenzen der Generale nicht vertreten.

Peking, 2. Mai. Graf Waldersee meldet aus Peking vom 1. Mai: Nach den jetzt vorliegenden Berichten beträgt der Gesamtverlust in den Gefechten am 23. und 24. April: Leutnant Drewello und sieben Mann todt, davon zwei beim Fougieren von Einwohnern erschlagen, zwei bei einer Pulverexplosion. Leutnant Richter vom ersten Regiment und zwölf Mann verwundet. Major Mählenfels vom ersten, Leutnant Dürerberg vom dritten, Koch vom vierten Regiment und 34 Mann leicht verwundet. Oberst Hoffmeister durch Absturz verletzt. Erbeutet wurden 18 Schnellfeuerkanonen und eine große Zahl Geschützrohre alter Konstruktion.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 3. Mai. Nach der Vorstellung im Opernhaus begab sich Seine Majestät der Kaiser zum Fürsten Genckel von Donnersmarkt und verweilte dort bis Mitternacht.

Berlin, 3. Mai. Seine Majestät der Kaiser begibt sich heute Abend 10 1/2 Uhr nach Säckling.

Berlin, 3. Mai. Ihre Majestät die Kaiserin begibt sich heute Abend mit dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise nach Baden-Baden.

Berlin, 3. Mai. Der bisherige Gouverneur von Berlin, General Bomsdorff, wurde unter Stellung à la suite des 26. Regiments mit Pension zur Disposition gestellt. General Billau trat seine Stellung als Direktor des Centraldepartements im Kriegsministerium an. Der Direktor des Reichsmarineamts, Contreadmiral Büchel, wurde zum Viceadmiral befördert.

Greifswald, 3. Mai. Mehrere polnische Medizinstudenten aus Posen und Breslau wurden wegen polnischer Agitation relegirt. Der Kultusminister bestätigte das Urtheil.

Stuttgart, 3. Mai. Die beim Landtag eingebrachte Steuerreform entspricht im wesentlichen dem früheren Entwurf. Die Einkommensteuer soll Hauptsteuer werden. Die Ertragssteuern bleiben bis auf weiteres Nebensteuern. Die sofortige Einführung der Vermögenssteuer wird abgelehnt. Das Steuermaximum beträgt 4 1/2 Proz. bei einem Einkommen von 100 000 M. aufwärts. Der frühere Entwurf hatte nur 4 Proz. vorgesehen von 15 000 M. aufwärts. Die Ertragssteuern sollen ermäßigt werden und zwar durch Abstriche an den Katastern, die bei der Grundsteuer nach den Kulturarten verschieden sein sollen.

Wien, 3. Mai. Der Eisenbahnausschuß nahm Artikel 8 der Investitionsvorlage an, welcher den Bau der im Investitionsprogramm der Staatsbahnenverwaltung bis 1905 einschließend vorgesehenen Linien betrifft, und stimmte der verlangten Erhöhung des Gesamtbetrages von 483 088 000 auf 487 088 000 Kronen zu.

Budapest, 3. Mai. Mehrere Hundert Universitätslehrer ohne Unterschied der Parteistellung hielten eine Konferenz ab und beschloßen, an die russischen Studenten ein Begrüßungsstelegramm zu richten, das von sämtlichen ungarischen Studenten unterschrieben wird. Ferner wurde an der Grafen Földes ein Begrüßungsstelegramm gerichtet.

Rom, 2. Mai. Seine Majestät der König wird, dem „Capitano Fracassa“ zufolge, am Sonntag durch Dekret einen neuen Orden der Arbeit stiften. Derselbe soll Bürgern und Arbeitern verliehen werden, die auf dem Gebiete der Wohlfahrtseinrichtungen und Arbeitsverhältnisse sich verdient gemacht haben.

Madrid, 3. Mai. Bei Agullas, Provinz Murcia, verurtheilten etwa 1000 ausländische Vergarbeiter Ruhestörungen. Als auf die Genbarmerie geschossen wurde, ging diese gegen die Menge vor. Eine Person wurde getödtet, einige verwundet.

Madrid, 3. Mai. Am Nachmittag warfen zahlreiche Ausländer mit Steinen nach den Straßenbahnwagen. Die Polizei machte von den Säbeln Gebrauch und verhaftete acht Personen.

Yokohama, 3. Mai. Der Marquis Ito hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, ebenso alle andern Minister, ausgenommen der Kriegsminister. Marquis Ito soll dem Kaiser gerathen haben, Yamagata mit der Bildung des Cabinets zu betrauen. Wahrscheinlich wird aber Ito das Cabinet bilden und daselbe, ausgenommen den Finanzminister, in derselben Weise zusammensetzen wie bisher.

Perschiedenes.

Elberfeld, 3. Mai. Wie die „Elberfelder Zeitung“ meldet, ist der Oberstaatsarzt Dr. Schimmel gestern aus der Post entlassen worden.

Budapest, 3. Mai. (Telegr.) Ein Consortium, bestehend aus den Bankhäusern Gebr. Frischmann, Frankfurt a. M., Witt L. Homburger, Karlsruhe, Württembergische Vereinsbank, Stuttgart, Bank von Esch-Lothringen, Straßburg i. G., Schweizerischer Bankverein und v. Speyr & Co., Basel, wird demnächst einen Betrag von 8 000 000 Kronen nominal gleich 6 800 000 Reichsmark an der Frankfurter Börse notirt 4 Proz. mit 102 Proz. rückzahlbarer Obligationen in Gold der Ungarischen Lokaleisenbahnen-Aktiengesellschaft in Budapest zur Zeichnung auflegen. Der Subscriptionspreis steht noch nicht fest.

Glasgow, 3. Mai. (Telegr.) Die Schiffsbauausstellung ist vom Herzog von Fife im Namen Seiner Majestät des Königs eröffnet worden.

Konstantinopel, 2. Mai. Der Sanitätsrath ordnete die ärztliche Untersuchung aller von Konstantinopel zu Wasser oder zu Lande Abreisenden an. Alle mit dem in Galata an der Pest Erkrankten in Berührung gekommenen sind in's Lazareth gebracht. Eine besondere Kommission des Sanitätsrathes ist mit der Ausarbeitung von Vorschriften und prophylaktischen Maßnahmen betraut. Bisher hat sich kein neuer Pestfall ereignet.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 3. Mai. In der heute Abend stattgehabten Sitzung beider Häuser des Landtags verlas Ministerpräsident Graf v. Bülow die Allerhöchste Botschaft, welche den Schluß der Session auspricht. Graf v. Bülow gab sodann folgende Erklärung ab: „Da die Regierung nach dem Gange der Beratungen in der Kommission überzeugt ist, daß eine Verständigung über die Kanalvorlage zur Zeit ausgeschlossen ist, will sie zur Fortsetzung zweckloser Beratungen die Hand nicht bieten.“ Präsident v. Kröcher brachte ein dreifaches Hoch auf Seine Majestät den Kaiser aus, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Sämmtliche Minister, auch von Miquel, waren anwesend.

Stand der Badischen Bank

am 30. April 1901.

Aktiva.	
Metallbestand	5 308 142 M. 37 Pf.
Reichsbankguthaben	26 770 „ — „
Noten anderer Banken	879 000 „ — „
Wechselbestand	6 209 056 „ 75 „
Vorbauordnungen	12 335 890 „ — „
Effekten	153 504 „ 38 „
Sonstige Aktiva	8 521 182 „ 25 „
27 925 995 M. 75 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 959 107 „ 08 „
Umlaufende Noten	9 721 900 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	6 895 310 „ 31 „
An Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	349 678 „ 36 „
27 925 995 M. 75 Pf.	

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 89 240 M. 33 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Samstag, 4. Mai. Abth. B. 54. Ab. Vorst. (Kleine Preise): „Nathan der Weise“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von G. E. Lessing. — „Der Tempelherr“, Hans Rodius vom königlichen Theater in Wiesbaden als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 5. Mai. Abth. A. 55. Ab. Vorst. (Mittelpreise.) Zum ersten Male: „Flachsmann als Erzieher“, Komödie in 3 Aufzügen von Otto Ernst. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Dienstag, 14. Mai. 16. Vorst. außer Abonn. (Mittelpreise.) Zum Vortheil der Hoftheater-Pensionsanstalt. Zum ersten Male: „Der Eigenerbar“, Operette in 3 Aufzügen nach einer Erzählung M. Zolas von J. Schnitzer, Musik von Johann Strauß. Anfang 7 Uhr. Gebührentreier Vorverkauf an die Abonnenten am Samstag den 4. Mai, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, Reihenfolge A, B, C. Allgemeiner Vorverkauf von Montag den 6. Mai, Vormittags 9 Uhr an.

Im Theater in Baden:

Montag, 6. Mai. 5. Vorstellung außer Abonnement. Neu einstudirt: „Ein Sommerabend“, phantastisches Lustspiel in 3 Akten von Shakespeare, übersetzt von Schlegel, Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy. (In Baden zuletzt am 26. August 1863.) Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr. (Saison-Dernpreis.)

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. v. 3. Mai 1901. Die Luftdruckvertheilung ist im wesentlichen die gleiche, wie am Vortag, indem die Barometerstände von einem den Nordwesten Europas bedeckenden Maximum aus bis zu einer flachen, über dem Südosten gelegenen Depression abnehmen. In Deutschland, das noch dem Gebiete des hohen Druckes angehört, ist das Wetter heiter, vielfach ganz wolkenlos und etwas wärmer, als am Vortag. Eine wesentliche Aenderung ist vorerst nicht zu erwarten; lokale Gewitter werden jedoch wahrscheinlich zum Ausbruch kommen.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rah in Karlsruhe

Aretz & Cie., Grossh. Hofl.,
Telephon 219. KARLSRUHE Kreuzstrasse 21.
Specialhaus für
Gummiwaren und Linoleum.
Sämmtliche technische Bedarfsartikel.
Spezialität: Prima Kernlederriemen bester Eichenlohrgrubenbergnung bis 500 m/m breit stets am Lager.
Nur erstklassige Fabrikate.

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

Auf Grund des § 11 der Statuten hat der Aufsichtsrath beschlossen:
 Die letzten 25% des Aktienkapitals auf die am 1. April 1897 ausgegebenen Interimscheine Nr. 1—4167 à 1200 M. Nennwerth auf den 1. Juli 1901 einzufordern. Die einbezahlten Beträge nehmen von diesem Zeitpunkt an den Erträgen der Bank Theil.
 Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden demgemäß ersucht, auf jeden Interimschein die Schlusszahlung mit 300 M. per 1. Juli 1901 zu leisten.
 Dieselbe kann geschehen:
 in Mannheim bei der Kasse unserer Bank, bei der Rheinischen Creditbank;
 in Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Offenburg, Lahr, Freiburg, Konstanz, Kaiserslautern, Straßburg i. G., bei den Filialen der Rheinischen Creditbank;
 in Frankfurt a. M. bei Herren M. A. von Rothschild & Söhne, bei der Deutschen Vereinsbank, bei der Filiale der Bank für Handel und Industrie, bei der Deutschen Effekten- u. Wechselbank;
 in Hildesheim bei der Hildesheimer Bank;
 in Berlin bei Herrn S. Weichbroder, bei der Direktion der Diskontogesellschaft, bei der Deutschen Bank;
 in Darmstadt bei der Bank für Handel und Industrie;
 in Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank;
 in Basel bei der Basler Handelsbank.

Mit der Einzahlung sind die Interimscheine nebst den zugehörigen Dividendscheinebogen (pro 1901/6 und Talon) abzuliefern. Gegen dieselben werden alsdann die endgültigen Aktien nebst neuen Dividendscheinebogen (pro 1901 ff) ausgefolgt.
 Mannheim, den 30. April 1901.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Unsere diesjährige
18. ordentliche General-Versammlung,
 findet am **Montag, den 20. Mai 1901, Abends 6 Uhr, im Hotel „Deutscher Hof“** hier selbst, Ludwigsstraße 15, statt und laden wir alle stimmberechtigten Mitglieder und Anteilseiner-Inhaber hierdurch zu derselben ein.
Tages-Ordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht der Prüfungsabordnung und Antrag derselben auf Ertheilung der Entlastung des Aufsichtsrathes und der Direktion.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des nach den statutarischen Ueberweisungen verbleibenden Reingewinnes des Jahres 1900 und Festsetzung des den Mitgliedern zu gewährenden Gewinnanteils (§ 39 des Statuts).
4. Neuwahl von zwei Aufsichtsrathsmitgliedern.
5. Ernennung der Prüfungsabordnung für 1901.
6. Antrag des Aufsichtsrathes betreffend die Ueberführung des Geschäfts an die Aktien-Gesellschaft „Deutschland“.

Wegen der Berechtigung zur Theilnahme an der General-Versammlung und der Abstimmung verweisen wir auf die §§ 4, 13 und 14 des Statuts.
 Berlin, den 29. April 1901.

Deutschland,

Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Berlin.

Der Aufsichtsrath:

A. F. Müller, Vorsitzender.

R.124.1



Adolf Sexauer, Hoflieferant,
 Karlsruhe, Neubau Kaiserstrasse 213.
 Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen.

Die Süddeutsche Versicherungs-Bank

für Militärdienst- und Töchter-Aussteuer in Karlsruhe
 übernimmt Kinder-Versicherungen in der Weise, daß die Kapitalien zahlbar werden:

- a) auf einen vorher bestimmten gewissen Zeitpunkt: 18, 20, 25 u. Jahre;
 - b) auf den Hochzeitstag eines Töchterchens;
 - c) auf den Militärdienst eines Knaben; außerdem
 - d) Alters-Versicherungen Erwachsener ohne ärztliche Untersuchung.
- Je früher der Beitritt erfolgt, desto billiger die Prämie.
 Aufbrennen der Prämienzahlung in früherem Todesfall des Antragstellers.
 — Vollständige Rückgewähr, falls das versicherte Kind vorher stirbt. — Niedrige Prämien, solide, sparsame Verwaltung, alle Ueberflüsse den Versicherten.
 Auskunft ertheilt und Anträge nimmt entgegen:
 Die Direktion, Schloßplatz 7, Karlsruhe.

Flügel und Pianinos

von **Julius Blüthner**
 empfehle der Alleinvertreter
Ludwig Schweisgut,
 Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

Holz-Versteigerung.

Groß. Forstamt **Mittelberg** (Etingen) versteigert unter den üblichen Bedingungen
Mittwoch, den 8. Mai 1901, Mittags 12 Uhr,
 auf dem Rathhause in Langenalb, aus dem Distrikt **Tannwald** dortiger Gemerkung:
 335 Ster buchenes, 802 Ster tannenes Scheit- und Klobholz, 84 Ster buchenes, 204 Ster tannenes Prägelschlag.
 Forstwart **H. Luderer** in Schielberg gibt auf Verlangen nähere Auskunft.
 R.117.2

Graphologie.

1. Ermittlung der **Charaktereigenheiten u. Geistesfähigkeiten** aus der **Handschrift**. Ausführung in Form einer Skizze, wie auch vollständ. Charakterbild, auf Wunsch u. Begründung.
 2. Begutachtung anonymen und gefälschter Schriften.
 3. **Gründl. Unterricht** i. d. gesammten graph. Wissenschaft; praktische Methode.
 Näheres unter **„Graphologie“** K. 87 durch die Exped. d. Bl.

Züchtige Installateure

werden gesucht. Offerten mit Gehaltsanfrage und Zeugnisse sind einzureichen bei **J. Kleofas & Knapp**, Wasserleitungsbaugesellschaft, Augsburg.

Baugelände.

in bester Lage der Sünderstraße billig zu verkaufen. Offerten unter K. 96 an die Exp. d. Bl.
 R.96.2

brunnen“, I 17 „Steinwald“, II 6 „Schloßberg“.
 72 Ster buchenes, 13 Ster eichenes, 9 Ster gemischtes, 583 Ster Nadel-Scheitholz; 30 Ster buchenes, 7 Ster eichenes, 19 Ster gemischtes, 161 Ster Nadel-Prägelschlag; 500 gemischte, 4810 Nadelnormalwellen, sowie einige Loose Stockholz und Schlagraum.
 Die Forstwärte **Volz** in Baden (Distr. I) und **Eller** in Ebersteinburg ertheilen weitere Auskunft.
Samstag den 18. Mai d. J.,
 Vormittags 9 Uhr ebendasselbst beginnend, aus Domänenwald-Abtheilungen II 3 „Haberacker“, II 4 „Breiters“, II 5 „Hünbrunnen“, II 7 „Beerhaide“, II 8 „Rennfeld“, II 10 „Abdelhang“:
 64 Ster buchenes, 4 Ster eichenes, 551 Ster Nadel-Scheitholz; 179 Ster buchenes, 4 Ster eichenes, 9 Ster gemischtes, 220 Ster Nadel-Prägelschlag; 975 buchene, 1676 gemischte, 700 Nadel-Normalwellen, sowie einige Loose Schlagraum.
 Forstwart **Eller** in Ebersteinburg ertheilt weitere Auskunft.
 R.151.1 R.149.1

Bürgerliche Rechtsstreite.

Konkurse.
R.141. Nr. 16405. Karlsruhe.
 Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **J. Immanuel Stoll** in Karlsruhe wurde als durch rechtskräftig bestätigten Zwangsvergleich beendet nach Abhaltung des Schlußtermins durch Beschluß des hiesigen Gerichts vom heutigen aufgehoben.
 Karlsruhe, den 26. April 1901.
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:** **F. Hum.**
R.139. Nr. 16139. Mannheim.
 In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Johann Girt**, Inhaber der Firma **J. Girt & Co.** in Mannheim ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf
Dienstag, den 21. Mai 1901, Vormittags 9 Uhr,
 vor dem Großherzoglichen Amtsgerichte hier selbst, Zimmer 5, anberaumt.
 Mannheim, den 1. Mai 1901.
H. Zimmermann,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
R.138. Nr. 16140. Mannheim.
 In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Ehefrau des Rechnungsführers **Wolff Kaufner**, Marie geb. **Danner** in Mannheim ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Schlußverteilung zu berücksichtigenden Forderungen auf
Freitag, den 24. Mai 1901, Vormittags 9 Uhr,
 vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst Abtheilung III, Zimmer 2 anberaumt.
 Mannheim, den 2. Mai 1901.
H. Zimmermann,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
R.127. Nr. 7841. Rehl.
 In dem Konkursverfahren über das Vermögen der ledigen Friederike **Schlotterbeck** in Stadt-Rehl ist zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Termin auf
Freitag, den 10. Mai 1901, Nachmittags 3 Uhr,
 vor dem Großherzoglichen Amtsgerichte hier selbst anberaumt.
 Rehl, den 29. April 1901.
K. Hoff,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
R.126. Nr. 7407. Rehl.
 In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Malers **Johann Schreier** in Stadt-Rehl ist zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Termin auf
Freitag, den 10. Mai 1901, Nachmittags 2 1/2 Uhr,
 vor dem Großherzoglichen Amtsgerichte hier selbst anberaumt.
 Rehl, den 30. April 1901.
K. Hoff,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
R.101. Nr. 19525. Freiburg.
 In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Architekten **Emil Müller** in Freiburg ist Schlußtermin auf
Samstag den 18. Mai 1901, Vormittags 9 1/2 Uhr,
 vor Großh. Amtsgericht hier selbst — Zimmer 8 — bestimmt.
 Freiburg, den 29. April 1901.
 Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:** **M. H. R.**
R.104. Nr. 10184. Mosbach.
 In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts **Urban Schöner** hat Gr. Amtsgericht hier Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf **Freitag den 24. Mai 1901, Vormittags 9 Uhr.**
 Mosbach, den 29. April 1901. Gr. Gerichtsschreiber: **H. Eber.**
R.140. Nr. 21676. Pforzheim.
 Das Konkursverfahren über das Vermögen des Maurermeisters **Johann Dietrich Hering** hier wurde nach Verteilung des Massevermögens durch Beschluß Großh. Amtsgerichts hier vom heutigen aufgehoben.
 Pforzheim, den 1. Mai 1901.
 Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:** **S. H. R.**

R.103. Nr. 8060. Ueberlingen.
 In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Landwirts **Georg Schultze** von Rimmendingen ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände der Schlußtermin auf
den 23. Mai 1901, Vormittags 10 Uhr,
 vor das Großh. Amtsgericht hier selbst bestimmt.
 Ueberlingen, den 24. April 1901.
W. Egel,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
R.102. Emmendingen.
 Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fuhrhalters und Steinbruchbesizers **Marcus Rumbach** in Emmendingen wurde heute durch Beschluß hiesigen Amtsgerichts infolge rechtskräftig bestätigten Zwangsvergleichs aufgehoben.
 Emmendingen, den 17. April 1901.
 Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:** **S. H. R.**

Bekanntmachung.
R.99. St. O. d. S.
 In der Konkursache des Schneidermeisters und Kleiderhändlers **Fernand Martin** in Woltersthalen ist die gerichtliche Genehmigung zur Schlußverteilung erfolgt. Es betragen:
 der verfügbare Massebestand 10 790,97 M.
 die vorzugsberechtigten Forderungen 71,90 „
 Rest 10 719,07 M.
 die übrigen Konkursforderungen 20 732,16 M.
 Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist zur Einsicht der Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.
 St. O. d. S., den 30. April 1901.
Stephan, Konkursverwalter.
Zwangsvollstreckung.
R.100.1. Wiesloch.
Steigerungs-Ankündigung.
 Zum Zwecke der Erbauungsänderung wird aus dem Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns **Jacob Sörty** von Walldorf am:
Dienstag den 14. Mai d. J., Nachmittags 1/4 Uhr,
 im Rathhause zu **Walldorf** nachbeschriebene Liegenschaft der öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag um das höchste Gebot erfolgt. Bleibt dies unter dem Anschlag, so ist die Genehmigung der Beteiligten vorbehalten.
 Die näheren Steigerungsgebäude können in diesseitiger Kanzlei eingesehen werden.
 Beschreibung der Liegenschaft.
 Lg. Nr. 508.
 5 ar 49 qm Hofstätte und 2 „ 52 „ Hausgarten im Ortsteil Badgäbe.
 Auf der Hofstätte steht:
 Ein zweistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller, besonders stehender Scheuer mit Magazin, angebautem Schopf mit Holzremise und Schweinehüllen, geschätzt zu 12 000 M.
 Das Anwesen eignet sich infolge seiner Lage (beiderseits Straße) Einrichtung (Gaden und Magazin) und seines großen Hofraums zum Geschäftshaus (Tabak- und Poppenhandlung).
 Wiesloch, den 30. April 1901.
 Großh. Notariat I.

R.50.3. Nr. 542. Rehl.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Vergebung von Bauarbeiten.
 Die nachgenannten Arbeiten zur Herstellung von 2 Wohngebäuden gegenüber der Pionierkaserne im Hofen zu Rehl sollen im öffentlichen Verdingungswege einzeln vergeben werden:
 1. Steinmauerarbeiten in a. Granit, b. rother Sandstein, 2. Gypfearbeiten, 3. Zimmerarbeiten, 4. Schreinerarbeiten, 5. Glaserarbeiten, 6. Flechenerarbeiten, 7. Dachdeckerarbeiten (Falzziegelbau), 8. Schloßerarbeiten, 9. Zänderarbeiten.
 Pläne Arbeitsbeschriebe und Bedingungen liegen auf meinem Geschäftszimmer in Rehl, Rheinstraße Nr. 64, zur Einsicht auf, wofür ich die Angebotsformulare seitens der Bewerber kostenfrei erlangen werden können.
 Zufrieden von Zeichnungen und Bedingungen nach auswärts findet nicht statt.
 Die Angebote auf die einzelnen Arbeiten sind mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens bis zu dem am **15. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr,** stattfindenden Verdingungstagfahrt auf diesseitigem Geschäftszimmer einzureichen.
 Zuschlagsfrist 14 Tage.
 Rehl, den 1. Mai 1901.
 Großh. Hofbauinspektion.